

Wie sich die Welt im Jahr 2030 dreht ...

Zwei Heidelberger Politologen haben Zukunftsszenarien entwickelt – Und deren Wahrscheinlichkeit geprüft / Von Sören S. Sgries

Normalerweise finden es Wissenschaftler wenig attraktiv, einfach ins Blaue hinein spekulieren zu müssen. Sebastian Harnisch (49), Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Heidelberg, und Doktorand Maximilian Jungmann (24) haben es dennoch gewagt: „Wie entwickelt sich die Weltpolitik bis ins Jahr 2030?“, haben wir gefragt, und mit den beiden Politikwissenschaftlern ein paar Thesen aufgestellt. Was Harnisch und Jungmann wichtig ist: Was sie darlegen, sind zwar in sich „schlüssige“ Szenarien. Möglich wäre also, was sie schildern. Aber es handelt sich um Extrembeispiele. Wahrscheinlicher ist – wie so oft im Leben – meist ein „Mittelweg“. Und wie einzelne, unerwartete Ereignisse dann doch alles umschmeißen könnten, lässt etwa die weltpolitische Entwicklung nach den Anschlägen vom 11. September 2001 erahnen.

ZUR PERSON

Sebastian Harnisch



ist seit 2007 Professor für Internationale Beziehungen am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg. Zudem gehört der 49-Jährige dem Direktorium des „Heidelberg Center for American Studies“ an. Seine For-

schungsschwerpunkte liegen im Bereich der deutschen und der US-Außenpolitik, der Theorien der Internationalen Beziehungen, der koreanischen Halbinsel und der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Maximilian Jungmann



promoviert am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen. Bereits im Rahmen seiner Masterarbeit hatte der 24-Jährige sich intensiv mit Methoden der Szenarienbildung beschäftigt – unter anderem mit Überlegungen zum „Climate Engineering“.

1. Die Europäische Union zerfällt.

In den Jahren 2016/2017 verschlechtert sich das Verhältnis zwischen der EU und der Türkei, das Flüchtlingsabkommen wird außer Kraft gesetzt. Es kommen wieder mehr Flüchtlinge nach Europa. Die EU kann die Außengrenzen nicht effektiv kontrollieren. Die Einigung auf eine gemeinsame, solidarische Flüchtlingspolitik mit gemeinsamem Verteilungsmechanismus misslingt. Großbritannien entscheidet sich für den „Brexit“.

Ab 2020 nehmen nationalistische Bewegungen in ost- und mitteleuropäischen Staaten, insbesondere in Polen, Tschechien und Ungarn, aber auch in den Niederlanden, Frankreich und Österreich massiv zu. Deutschland, Schweden und andere westeuropäische Staaten sind mit der Flüchtlingssituation überfordert. Das Schengener Übereinkommen wird langfristig außer Kraft gesetzt, die wirtschaftliche Situation in den meisten EU-Staaten verschlechtert sich rapide – eine mögliche Folge des „Brexit“. Griechenland und Spanien melden Insolvenz an und treten aus der Währungsunion aus.

2030: Die Staaten kehren zu nationalen Grenzkontrollen und nationalen Währungen zurück. Von der EU bleibt nur der Binnenmarkt, sonstige europäische Kooperation nimmt spürbar ab.

Plausibilität: Nicht vollkommen undenkbar. Schon jetzt wenig Solidarität in der Flüchtlingspolitik. Viel hängt vom derzeit offenen Referendum in Großbritannien ab sowie der weiteren Entwicklung in der Flüchtlingsfrage.

2. Die Europäischen Union findet zu neuer Stärke.

Bis 2017 gelingt es der EU, den Flüchtlingsstrom zu reduzieren, sich auf allseits akzeptierte Verteilungsquoten zu einigen und massive Fördergelder zur Integration der Asylsuchenden in den jeweiligen EU-Staaten bereitzustellen. Die Briten stimmen für den Verbleib in der Europäischen Union.

Bis 2020 gelingt es unter deutsch-französischer Führung einerseits, die Fluchtursachen erfolgreich zu bekämpfen: Der IS wird zerschlagen, Syrien, Irak, Libyen und Afghanistan stabilisiert. Auch bessert sich die Situation in Subsahara-Afrika. Andererseits wird die Integration einwanderungswilliger Asylbewerber zum Erfolg – auch dank eines hierfür aufgelegten neuen „Marshall-Plans“. Das Wirtschaftswachstum der meisten EU-Staaten steigt spürbar an, die Arbeitslosigkeit sinkt. Besonderer „Bonbon“: Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsidenten Francois Hollande wird stellvertretend für die Bemühungen sämtlicher EU-Staaten in der Flüchtlingskrise der Friedensnobelpreis verliehen.

2030: Die EU steht wirtschaftlich glänzend da, sämtliche EU-Staaten bekennen sich zu den Werten aktiver, transparent verhandelter Solidarität, weil sie den Nutzen der gemeinsamen Institution sehen. Das gemeinsame, starke Auftreten schlägt sich auch in einer Reform des UN-Sicherheitsrats nieder: Statt Großbritannien und Frankreich bekommt die EU als solche einen Sitz, der dreifaches Stimmrecht hat – und das Vetorecht wird abgeschafft.

Plausibilität: Als stark überzeichnetes Gegenzenario zum Scheitern der EU eher unplausibel. Die Wirklichkeit dürfte sich zwischen beiden Polen bewegen.

3. Deutschland wird zentrale internationale Führungsmacht.

Bereits im Jahr 2017 gelingt es Deutschland, wichtige Initiativen zur Stabilisierung der europäischen Flüchtlingssituation, insbesondere mit Blick auf Syrien und die Türkei, zu lancieren und umfassende Integrationsmaßnahmen für die Asylsuchenden in Deutschland einzuführen. Die deutsche Wirtschaft entwickelt sich nachhaltig positiv. Militärisches Engagement in Syrien und dem Irak sowie anderen Staaten zeigt positive Wirkungen.

Bis 2020 stärkt die Bundesrepublik ihre militärischen Kompetenzen und entsendet erhebliche Truppen zur Ausbildung anderer militärischer Kräfte in Krisenländer. Internationale Konflikte können so erfolgreich gelöst oder verhindert werden. Die Bundesrepublik gewinnt an internationalem Ansehen – auch innerhalb der EU. Die „europäische Außenpolitik“ wird maßgeblich durch deutsche Führung bestimmt.

2030: Deutschlands Wirtschaft wird zur exportstärksten der Welt. Die sicherheitspolitische Strategie der Vorjahre zahlt sich aus und wird weiterverfolgt. Deutschland erhält einen nationalen Sitz im UN-Sicherheitsrat.

Plausibilität: Ein seit der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 sehr häufig diskutiertes Szenario – und nicht kom-

plett unplausibel. Wirtschaftlich ist die Bundesrepublik bereits jetzt Führungsmacht, militärisch wird dieser Schritt – auch historisch bedingt – eher nicht folgen. Wichtig: Die deutsche Stärke hängt von der EU ab.

4. Ein neuer „Kalter Krieg“ zwischen China und den USA bricht aus.

Im Jahr 2017 macht China unter Präsident Xi Jinping in Wort und Tat unmissverständlich deutlich, dass es an Einfluss in Asien und darüber hinaus gewinnen möchte. Anlass sind bereits schwelende Konflikte um die Vormacht im südchinesischen Meer. Die USA verlegt weitere Flugzeugträger in die Region und baut Militärstützpunkte aus, um Anrainerstaaten in Süd- und Ostasien zu stärken.

Bis 2020 verschärft sich die verbale Auseinandersetzung zwischen Peking und Washington drastisch. Die gewalttätigen Konflikte im südchinesischen Meer spitzen sich zu. Ein direktes Wettrennen beider Staaten beginnt.

2030: Beide Großmächte bauen ihre Kernwaffenarsenale deutlich aus, die Frontstellung ähnelt der zwischen Russland und den USA im Kalten Krieg. Stellvertreterkriege in jahrelang umkämpften Regionen, beispielsweise im Nahen Osten, werden geführt. Eine diplomatische „Eiszeit“ bricht an.

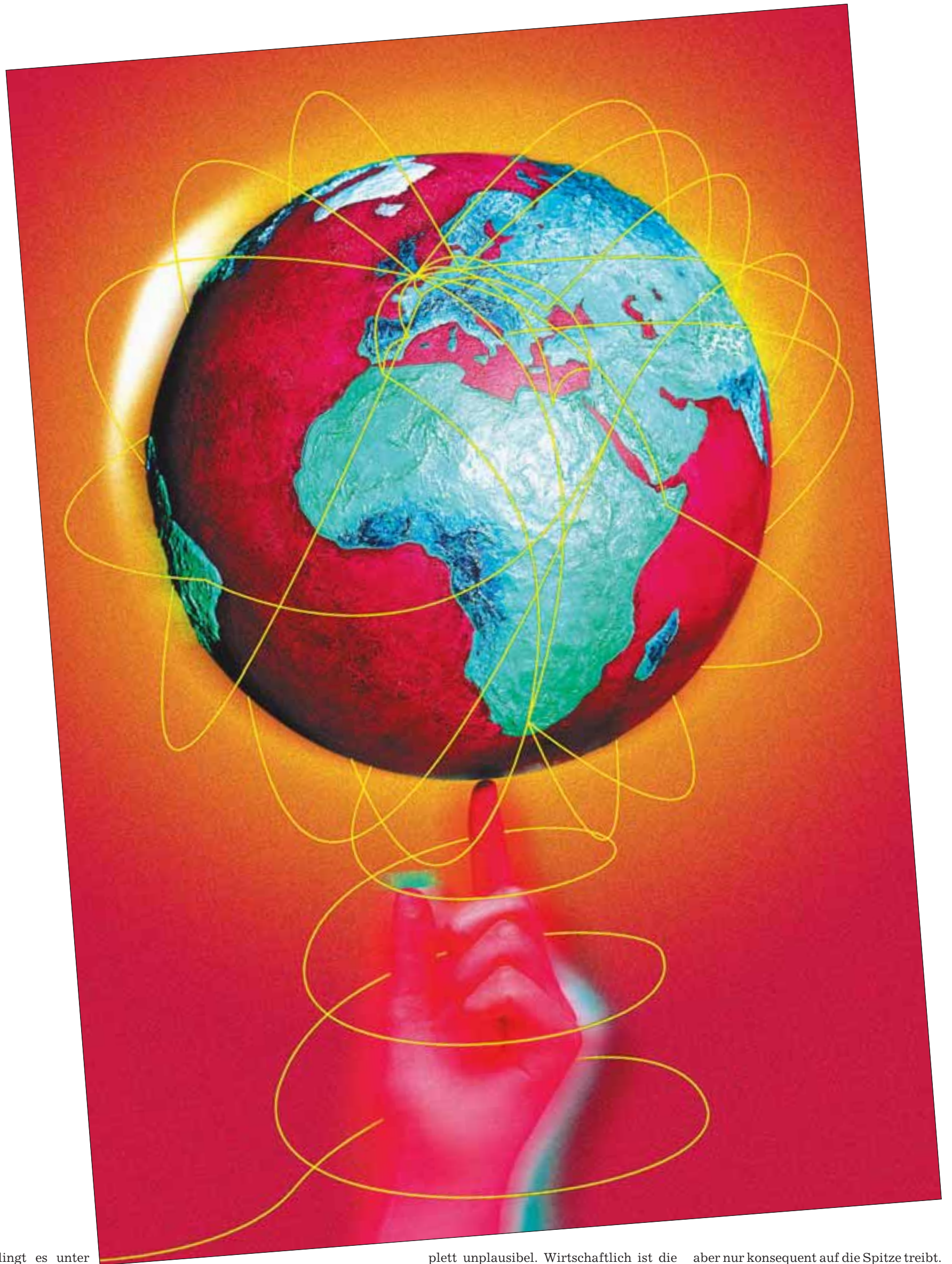
Plausibilität: Eine Extremsituation, die das bestehende Konfliktpotenzial

aber nur konsequent auf die Spitze treibt. Schon jetzt fühlen sich Japan und Südkorea durch Chinas zunehmend dominanteres Agieren unter Druck gesetzt. Der Pazifik ist ein konfliktreicher Raum.

5. Der Klimawandel entvölkert weltweit ganze Regionen.

2017 wird ersichtlich, dass die nationalen Klimaschutzziele nicht wie 2015 auf der Klimakonferenz in Paris vereinbart eingehalten werden (können). Insbesondere Entwicklungs- und Schwellenländer stoßen deutlich mehr Treibhausgas aus. Zudem ruht die politische Aufmerksamkeit auf anderen Themen wie anhaltenden militärischen Konflikten und Flüchtlingsbewegungen.

Bis 2020 wächst der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen, insbesondere durch Staaten wie China, Indien und die USA, rasant. Das Zwei-Grad-Ziel wird mehr und mehr zur Utopie. Klimabedingte extreme Wetterereignisse nehmen stark zu: Kleine Inseln versinken im Pazifik – die Bevölkerung wird in „Reservatstaaten“ in Australien umgesiedelt. Es zeichnet sich ab, dass ganze Weltregionen (Ozeanien, Karibik) unbewohnbar werden. Andersorts nehmen Spannungen um Territorium und Wasser zu. Die Forschung an alternativen Technologien zur Eindämmung der Konsequenzen des Klimawandels (Climate Engineering) bringt nicht die erwarteten Resultate.



... und was der Klimawandel bewirkt

Vom Kampf gegen die globale Erwärmung, Drogenkriegen in Lateinamerika und Brutstätten des Terrors

2030: Die globale Durchschnittstemperatur steigt um mehr als 3 Grad Celsius, Tendenz weiter steigend. Gletscher schmelzen ab, der Meeresspiegel hebt sich. Küstenregionen wie die Niederlande, aber auch die bevölkerungsreichen Regionen Chinas und Süd- und Südostasiens werden überflutet. Klimawandelbedingte Migration wird zu einem akuten internationalen Problem, die aufnehmenden Staaten sind weltweit überfordert. Gesellschaftliche Konflikte eskalieren. Um Wasser und Territorium brechen Kriege aus. Die internationale Ordnung droht in Chaos zu versinken.

Plausibilität: Ein eher unwahrscheinliches Schreckensszenario. Die Klimakonferenz von Paris zeigt, dass die Risiken erkannt sind. Allerdings: Die Abmachungen basieren auf Freiwilligkeit. Werden sie missachtet, fehlen also Sanktionsmittel, eine vorsätzliche Klimakatastrophe würde wahrscheinlicher.

6. Der internationalen Gemeinschaft gelingt es, den Klimawandel und seine Auswirkungen einzudämmen.

Schon 2017 zeigt sich: Bei der Umsetzung der nationalen Klimaschutzziele von Paris werden die Erwartungen übertroffen. Gesellschaftliche Organisationen erhöhen den Druck auf die Politik. Private und staatliche Investitionen in erneuerbare Energien steigen in vielen Staaten stark an.

Bis 2020 können die globalen Treibhausgasemissionen zum ersten Mal reduziert werden. Nach mehreren kleineren Klimaabkommen in der Folge der Pariser Übereinkunft einigen sich die Staaten zum ersten Mal auf global verbindliche Maßnahmen zum Schutz des Klimas (Einhaltung des 1,5 Grad Celsius-Ziels). Ein gemeinschaftlicher Unterstützungsfonds für Staaten, die besonders empfindlich von den Konsequenzen des Klimawandels getroffen werden, wird seitens zahlreicher UN-Mitgliedsstaaten üppig ausgestattet.

2030: Das globale Klima erhöht sich im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter um maximal 1,5 Grad Celsius. Globale Gegenmaßnahmen zeigen Wirkung. Ein klimawandelbedingter Anstieg der Migration bleibt aus.

Plausibilität: Ein sehr optimistisches Szenario, aber ebenso möglich wie das Gegenteil. Zentral ist, welche Rolle Staaten wie die USA oder China dem Klimaproblem in den kommenden Jahren beimesen.

7. „Failed States“ breiten sich im arabischen Raum aus und bieten transnationalen Terrorgruppen eine starke Basis.

2017 eskalieren die innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Konflikte in Syrien, dem Irak, Palästina und anderen Staaten im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika weiter. Regierungen verlieren die Kontrolle, nichtstaatliche Akteure – insbesondere Terrororganisationen wie der Islamische Staat oder die Al-Nusra-Koalition – gewinnen an Einfluss. Die wirtschaftliche Situation verschlechtert sich, unter anderem durch einen anhaltend niedrigen Erdöl-Preis und aufgrund hoher Militärausgaben. Westliche Staaten scheuen stabilisierende Eingriffe nach den gescheiterten Interventionen in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien.

Bis 2020 erlischt die staatliche Kontrolle über ganze Territorien. Insbesondere in Syrien, dem Jemen und in Libyen kontrollieren nichtstaatliche Akteure große Teile der Wirtschaft und Gesellschaft. Korruption wird das Mittel der Wahl, um konkrete politische Entscheidungen zu erwirken. Die internationale



Wenige Grad Celsius, enorme Auswirkungen: Die globale Erderwärmung bedroht Länder wie Kenia (Foto: Dai Kurokawa). Weltweit könnte der Klimawandel Fluchtbewegungen befördern.

Gemeinschaft resigniert, der UN-Sicherheitsrat ist aufgrund der Vetoposition Chinas und Russlands blockiert.

2030: Einzelne Staatsgebiete stehen de facto unter der Kontrolle von Rebellen- oder gar terroristischen Organisationen. Syriens Machthaber Baschar al-Assad wurde von Terrormilizen getötet, jetzt regieren rivalisierende Rebellengruppen. Der Islamische Staat kontrolliert große Teile des Landes. Zahl und Auswirkungen von Terroranschlägen im arabischen Raum, aber auch in Europa, Amerika und Asien steigen massiv an. Die internationale Gemeinschaft ist nicht handlungsfähig. Vereinzelt treffen noch regionale Koalitionen kurz- und mittelfristige Absprachen.

Plausibilität: Vergleichsweise groß. Die Entwicklung Somalias kann als Vorbild dienen, auch in Jemen, Syrien oder Nigeria befindet sich Staatlichkeit zumindest in Teilen des Landes auf dem Weg in den Kollaps. Das gegenteilige, optimistische Szenario einer Befriedung der Region scheint sehr schwer vorstellbar.

8. International agierende Drogenkartelle übernehmen endgültig die Kontrolle über Politik und Wirtschaft in Lateinamerika.

2017 dehnen sich die bestehenden Drogenkartelle insbesondere in Mexiko und Kolumbien immer stärker aus und übernehmen die Kontrolle über andere, auch legale Wirtschaftszweige. Die wirtschaftliche Situation der meisten lateinamerikanischen Staaten verschlechtert sich. Polizei und Strafverfolgung sind überfordert bzw. korumpiert.

Bis 2020 erweitern die Drogenkartelle ihren Einfluss über die Grenzen ihrer „Heimatstaaten“ hinaus. Sie unterwandern politische Strukturen und übernehmen führende Positionen. Die Korruption steigt drastisch an und wird zu dem bestimmenden Faktor in der nationalen, regionalen und lokalen Politik. Die wirtschaftliche Situation verschlechtert sich drastisch.

2030: Kartellchefs bekleiden Regierungsämter, die Wirtschaft wird durch il-

legale Aktivitäten dominiert und von Schattenwirtschaft geprägt. Legale regionale Zusammenarbeit erlischt fast vollständig. Der Kontinent droht in einem Chaos aus Korruption, Kriminalität und Angst der Bevölkerung zu versinken. Entsprechende Migrationswellen in Richtung Nordamerika und Europa sind die Folge.

Plausibilität: Vergleichsweise niedrig. Die beschriebene Situation herrscht zwar tatsächlich in einigen Regionen und Provinzen bereits vor, beispielsweise im Norden Mexikos. Dass ganze Staaten durch die organisierte Kriminalität „übernommen“ werden, ist jedoch unwahrscheinlich – nicht zuletzt, weil die USA genau auf die Entwicklungen bei den südlichen Nachbarn achten.

9. Den Regierungen in Lateinamerika gelingt es, die Drogenkartelle zu entmachten.

Im Jahr 2017 feiern Regierungen in Mexiko und anderen lateinamerikanischen Staaten substantielle Erfolge im Kampf gegen transnationale Drogenkartelle. Informationskampagnen und insbesondere massiv erhöhte Polizeipräsenz und internationale Fahndungs- und Strafverfolgungsbemühungen fruchten. Maßnahmen zur Förderung legaler Wirtschaftszweige in Lateinamerika werden eingeführt und zeigen erste Erfolge.

Bis 2020 führt die Legalisierung von „weichen“ Drogen weltweit zu einem Einbruch der Nachfrage nach illegalen

Drogen aus Mexiko und anderen lateinamerikanischen Staaten. Kartellchefs werden verhaftet. Die größten Drogenkartelle Mexikos stehen vor der Auflösung. Die Situation in der „Legal“-Wirtschaft Mexikos verbessert sich stark.

2030: Die legale Wirtschaft in Südamerika steht unerwartet stark da. Die Arbeitslosigkeit ist auf ein Rekordtief gesunken. Drogenkartelle versinken in der Bedeutungslosigkeit.

Plausibilität: Ein sehr optimistisches Szenario für Lateinamerika. Eine Entwicklung in diese Richtung erscheint nicht unmöglich, doch die tief sitzenden Probleme vieler lateinamerikanischer Staaten lassen sich vermutlich nicht in so kurzer Zeit lösen.



Ohne staatliche Kontrolle: Breiten sich im arabischen Raum Terrormilizen aus? Hier ein Bild aus dem libyschen Bürgerkrieg. Foto: Mohamed Messara

HEIDELBERG IT

Management

ANDERE DENKEN NACH, WIR DENKEN VOR!

IT, Internet, Telekommunikation, Cloud — wir beherrschen ein breites Repertoire moderner IT-Beratung und IT-Services. Ob Sie Ihr „IT-Orchester“ ergänzen möchten oder ein ganzes Ensemble benötigen, wir sind der leistungsstarke Partner für Ihre Unternehmensziele.

01

MACHER
[ANWENDER]

IT-Beratung und Planung
Serverhotel / RZ-Services
Cloud Services
IT-/ITK-Lösungen
Clientmanagement
Netz / Highspeed Internet
Sicherheit
Backup und Archivierung
Hard- und Software

02

ENTSCHEIDER
[UNTERNEHMER]

Managed Services
IT-Outsourcing
Management Outsourcing
Finanzierung

03

GENIESSER
[PRIVATNUTZER]

Hausvernetzung
Multimedia
Smart Metering

Heidelberg IT Management GmbH & Co. KG
Kurfürsting 110 | 69123 Heidelberg

Tel.: +49 6221 407-500
Fax: +49 6221 407-505

info@heidelberg-it.de
www.heidelberg-it.de